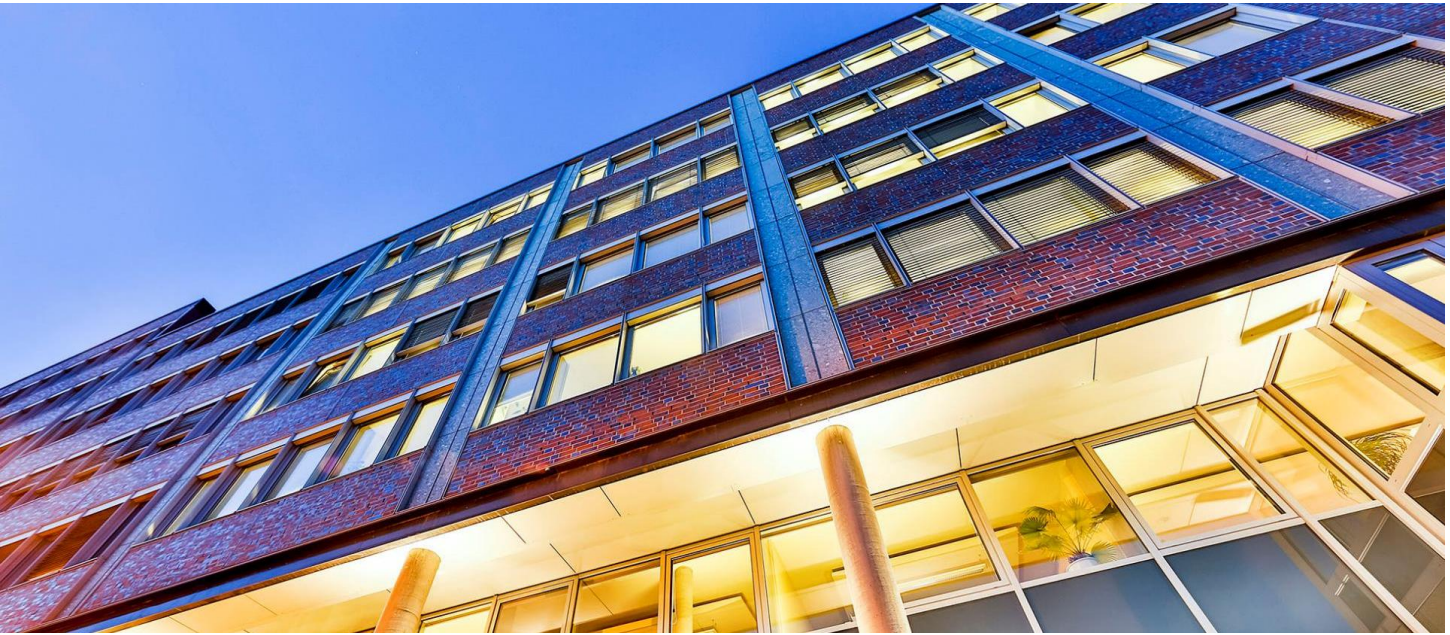




Unternehmensfinanzierung Aktuell

Berlin, 27. November 2025



Überblick

Konjunktur: Deutsche Wirtschaft bleibt 2025 in der Stagnation

Die deutsche Wirtschaft tritt weiterhin auf der Stelle. Erst 2026 ist durch fiskalische Impulse wieder mehr wirtschaftliche Zuversicht zu erwarten.

2

Lage der Unternehmen: NPL-Quote steigt leicht, bleibt aber niedrig

Banken agieren bei der Kreditvergabe vorsichtig, sind aber offen für Finanzierungen.

5

Kreditvergabe: Erste leichte Stabilisierung sichtbar

Das Kreditvolumen steigt minimal an, mehr Dynamik könnte im Aufschwung 2026 erfolgen.

6

Investitionsbedingungen und Deutschlandfonds

Der Deutschlandfonds soll private Investitionen anreizen. Entscheidend bleibt ein verbessertes Investitionsklima durch strukturelle Reformen.

9

Konjunktur

Deutsche Wirtschaft stagniert im dritten Quartal 2025

Die gesamtwirtschaftliche Leistung in Deutschland stagnierte im dritten Quartal dieses Jahres. Die Investitionen in Ausrüstungen entwickelten sich positiv (+1,1 % ggü. Vorquartal), während die Exporte im Vergleich zum Vorquartal abnahmen (-0,7 %). Nach einem Anstieg des Bruttoinlandsprodukts (BIP) zum Jahresbeginn (+0,3 % gegenüber dem Vorquartal) und einem Rückgang im zweiten Vierteljahr (-0,2 % gegenüber dem Vorquartal) verharzt die deutsche Wirtschaft somit insgesamt in der Stagnation.

Aber auch der Ausblick für das vierte Quartal 2025 bleibt gedrückt. Zwar haben sich wichtige Stimmungsindikatoren, wie der Einkaufsmanagerindex oder das Ifo-Geschäftsklima, im bisherigen Jahresverlauf erholt; seit dem Spätsommer sind sie – auf einem noch immer etwas gedrücktem Niveau – aber in eine Seitwärtsbewegung übergegangen und im November dieses Jahres wieder gesunken.

Die Einkaufsmanagerindizes unterstreichen zudem das gespalten Lagebild der deutschen Wirtschaft: Während der Index für den Dienstleistungssektor weiterhin über der Schwelle von 50 Punkten liegt – Werte über 50 signalisieren eine Ausdehnung der Wirtschaftsleistung –, ist der Einkaufsmanagerindex für die Industrie, der von August bis Oktober 2025 nur geringfügig unter der 50-Punkte-Marke lag, im November 2025 überraschend deutlich auf 48,4 Punkte gesunken.

Prognostiziertes
Wirtschaftswachstum für 2025

+ 0,2 %

Für das gesamte Jahr 2025 prognostizieren wir ein Wirtschaftswachstum von lediglich 0,2 %. Arbeitstäglich bereinigt – 2025 fallen relativ wenige Feiertage auf ein Wochenende – wäre dies ein Plus von 0,3 %. Wachstumsbeiträge kommen im laufenden Jahr ausschließlich vom privaten und staatlichen Konsum. Die Exporte sowie die Ausrüstungs- und Bauinvestitionen werden im Jahresdurchschnitt 2025 voraussichtlich unter dem Vorjahresniveau liegen – die Exporte nur geringfügig (-0,2 % ggü. Vj.), während die Investitionen deutlich sinken (Ausrüstungsinvestitionen -2,2 %, Bauinvestitionen -1,5 %).

Wachstum im kommenden Jahr getrieben durch das Fiskalpaket

Eine größere wirtschaftliche Zuversicht ist erst wieder für das kommende Jahr auszumachen. Dann sollten vor allem die höheren Staatsausgaben für Verteidigung

und Infrastruktur einen zusätzlichen Impuls liefern. Die Chefvolkswirte im Ausschuss für Wirtschafts- und Währungspolitik des Bankenverbandes veranschlagen die fiskalischen Wachstumseffekte im kommenden Jahr auf 0,5 bis 0,8 Prozentpunkte. Insgesamt hält der Bankenverband daher an der Wachstumsprognose von 1,4 % im kommenden Jahr fest. Arbeitstäglich bereinigt – im nächsten Jahr stehen mehr Arbeitstage zur Verfügung, da relativ viele Feiertage auf ein Wochenende fallen – wäre dies ein BIP-Anstieg um 1,1 %. Neben den fiskalischen Impulsen rechnen wir im kommenden Jahr auch mit positiven Folgen der niedrigen Realzinsen (z. B. Leitzins minus Inflationsrate), einer allmählichen Belebung der Bau- und Unternehmensinvestitionen, einer nachlassenden Unsicherheit über die künftige wirtschaftliche Entwicklung sowie mit einer Stabilisierung des Arbeitsmarktes und einem – vor allem demografisch bedingten – leichten Rückgang der Arbeitslosigkeit.

Wachstumsprognose für 2026

+ 1,4 %

Wirtschaftsreformen bestimmen Stärke und Dauer des fiskalischen Impulses

Stärke und Nachhaltigkeit des fiskalischen Impulses werden entscheidend davon abhängen, ob es der Bundesregierung gelingt, mit umfassenden Strukturreformen die Investitions- und Standortbedingungen zu verbessern. Nur dann werden auch die privaten Investitionen wieder anspringen, insbesondere die Ausrüstungsinvestitionen der Unternehmen. Nur so kann das Fiskalpaket – über den Nachfrageimpuls hinaus – zu einem Wachstumspaket werden und das sehr niedrige Potenzialwachstum stärken.

Die Bundesregierung hat beispielsweise mit den beschleunigten Abschreibungsmöglichkeiten erste Schritte in diese Richtung gemacht. Wichtige Aspekte wie der Bürokratieabbau, deutlich schnellere Planungs- und Genehmigungsverfahren oder eine Stabilisierung bzw. Senkung der Lohnzusatzkosten müssen nun folgen. Bleiben diese Reformen aus, reduzieren sich die möglichen Wachstumseffekte des Fiskalpakets. Dementsprechend stellt ein Reformstillstand bzw. ausbleibende Reformen – etwa im Bereich Bürokratieabbau, effizientere Regulierung oder Stabilisierung der sozialen Sicherungssysteme – einen Risikofaktor für die Wachstumsprognose im kommenden Jahr dar.

Zinspause der EZB: Inflation bewegt sich um EZB-Zielwert

2,0 %

Zins für die Einlagefazilität

Die Europäische Zentralbank (EZB) hat die Leitzinsen auf der Ratssitzung im Oktober dieses Jahres wie erwartet konstant gehalten. Derzeit liegt der Zins für die Einlagefazilität bei 2,0 %. Er befindet sich damit am unteren Rand des „neutralen“ Bereichs. Das ist der Bereich, in dem die Leitzinsen Wirtschafts- und Inflationsentwicklung weder anschieben noch bremsen. Nachdem die Inflationsrate im Euroraum über die Sommermonate auf dem EZB-Zielwert von 2,0 % lag, ist sie im September und

Oktober 2025 auf 2,2 % bzw. 2,1 % gestiegen. In den kommenden Monaten sollte sich die Teuerungsrate weiterhin um das EZB-Ziel von 2,0 % bewegen. Im ersten Quartal 2026 könnte sie sogar leicht unter 2,0 % sinken.

Starke Euro-Aufwertung offenbar beendet

Der Euro hat im Verlauf dieses Jahres gegenüber dem Dollar deutlich aufgewertet – in der Spitze um rund 16 % (13. Januar bis 1. Juli 2025). Diese Aufwertung senkt unter anderem die Preise für in Dollar notierte Energie- und Rohstoffimporte. In den letzten Wochen konnte der US-Dollar allerdings wieder etwas an Boden gewinnen. Auch dies unterstreicht, dass die im Sommer bisweilen vorgetragene Sorge über eine zu starke Euro-Aufwertung etwas überzogen war. Hinzu kommt, dass der Euro – gemessen an den Leistungsbilanzsalden und den Inflationsunterschieden – gegenüber dem US-Dollar über die gesamten letzten zehn Jahre unterbewertet war. Ein Grund dafür war die jahrelange Negativzinspolitik im Euroraum.

Keine weiteren Zinssenkungen eingepreist

Die Wahrscheinlichkeit für weitere Leitzinssenkungen ist zuletzt weiter gesunken. EZB-Präsidentin Lagarde bestätigte ihre Aussage „*we are in a good place*“. Derzeit wird am Markt erwartet, dass die EZB den Zinssatz für die Einlagefazilität für einen längeren Zeitraum auf dem aktuellen Niveau von 2 % halten wird.

Auch aus unserer Sicht sollte der EZB-Rat aufgrund der weiterhin bestehenden Unsicherheit bezüglich der mittel- und längerfristigen Preisentwicklung und struktureller Faktoren (z. B. Demografie, Transformation) nicht zu stark auf mögliche kurzfristige „Preisdellen“ reagieren und bei dem aktuellen Leitzinsniveau von 2 % eine längere Zinspause einlegen.

Lage der Unternehmen

Wieder leicht steigende NPL-Quote, aber weiterhin auf niedrigem Niveau

Die Quote notleidender Kredite (Non-Performing Loans, NPLs) in Deutschland ist im 10-Jahresvergleich deutlich gesunken. Der Anteil dieser Kredite lag zeitweise sogar unter 1,0 %. Seit dem Ende der Corona-Pandemie ist jedoch wieder ein moderater Anstieg zu beobachten: Konjunkturelle Abschwächungen und eine insgesamt schwierigere Unternehmenslage schlagen sich zunehmend auch in den Kreditbüchern der Banken nieder. Im zweiten Quartal 2025 erreicht die Quote 1,45 % – ein Niveau, das über dem Tiefpunkt der letzten Jahre liegt, aber weiterhin deutlich unter dem EU-Durchschnitt bleibt.

1,45 %

NPL-Quote in Deutschland

Non-Performing-Loans

Quote notleidender Kredite in Deutschland



Quelle: EZB November 2025 • Erstellt mit Datawrapper

Banken beobachten sehr genau, wie sich Risiken im Kreditportfolio verändern, und reagieren mit einer umsichtigeren Kreditvergabe, insbesondere in betroffenen Sektoren. Die höhere Wachsamkeit dient dabei weniger als bremsender Faktor, sondern als notwendiges Risikomanagement in einem von Unsicherheit geprägten wirtschaftlichen Umfeld. Die deutschen Banken bleiben damit robust aufgestellt, auch wenn die Risiken zunehmen.

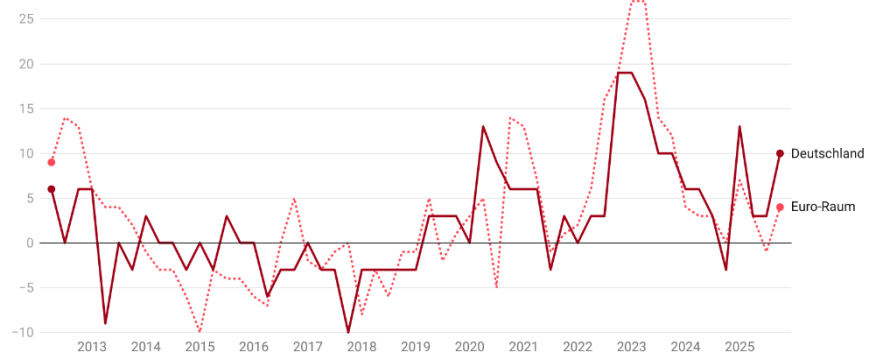
Kreditvergabe

Kreditvergabestandards: In Deutschland stärker als im Euroraum verschärft

Die Kreditvergabestandards der Banken haben sich im Laufe des Jahres 2025 weiter verschärft. Sowohl in Deutschland als auch im Euroraum melden die Kreditinstitute im Bank Lending Survey der EZB eine restriktivere Ausrichtung ihrer Kreditrichtlinien gegenüber Unternehmen. In Deutschland fällt diese Verschärfung deutlicher aus als im Euroraum.

Bank Lending Survey

Verschärfungen und Erleichterungen der Kreditrichtlinien der Banken gegenüber Unternehmen



Positive Salden zeigen Verschärfungen, negative Salden Erleichterungen der Kreditrichtlinien der Banken an.

Quelle: BLS Oktober 2025 • Erstellt mit Datawrapper

Hintergrund dieser Entwicklung sind vor allem branchenspezifische Risiken sowie die eingetrübte wirtschaftliche Lage. Banken bewerten insbesondere konjunktursensitive Branchen vorsichtiger, was sich in strengeren Anforderungen an Unternehmen niederschlägt. Trotz dieser Verschärfung gilt jedoch: Die Banken bleiben offen für Finanzierungsanfragen. Die Kreditvergabe berücksichtigt die angespannte wirtschaftliche Lage, wird aber nicht eingeschränkt. Springt der Wachstumsmotor der deutschen Wirtschaft wieder an, wird die dafür notwendige Finanzierung kein Hindernis darstellen.

Unternehmen mit soliden Geschäftsmodellen, belastbaren Finanzierungseckdaten und nachvollziehbaren Perspektiven für die kommenden Jahre können auf eine zuverlässige Finanzierung durch Banken setzen. Natürlich müssen Banken bei der Kreditvergabe Risiken angemessen berücksichtigen, sie stehen aber verlässlich als Finanzierungspartner zur Verfügung.

Kreditwachstum: Leichte Belebung nach langer Schwächephase

Nach einer längeren Phase sinkender Wachstumsraten leicht unter Null ist das ausstehende Kreditvolumen der Banken an Unternehmen in Deutschland erstmals wieder leicht gestiegen. Im dritten Quartal 2025 erhöhte sich das Volumen gegenüber dem Vorquartal um + 0,2 % und gegenüber dem Vorjahreszeitraum um + 0,5 % auf 1.137 Mrd. Euro.

1.137 Mrd. EUR

Kreditvolumen der Banken an Unternehmen in Deutschland

Die Aufteilung des Kreditvolumens auf die verschiedenen Laufzeiten ist seit langer Zeit sehr stabil. Der Anteil kurzfristiger Kredite (bis 1 Jahr) liegt bei rund 17 %, der Anteil mittelfristiger Laufzeiten (1-5 Jahre) ebenfalls bei rund 17 %, während der Anteil langfristiger Kredit (über 5 Jahre) durchschnittlich bei rund 66 % liegt.

Für eine deutliche Belebung der Kreditvergabe braucht es – auf dem Boden struktureller Reformen und wirtschaftlicher Dynamik – eine Zunahme von Investitionen und Kreditnachfrage.

Kredite an inländische Unternehmen und wirtschaftlich Selbständige

(Ohne Wohnungsbau sowie ohne Finanzinstitutionen und Versicherungen)

Quartal	Insgesamt*	Kreditbanken	Sparkassen	Landesbanken	Kreditgenossen
Stand Quartalsende in Mrd. EUR					
Q4/2020	1.004,140	289,981	291,999	109,749	211,861
Q4/2021	1.038,005	296,964	299,256	119,994	222,897
Q4/2022	1.131,232	331,245	312,071	126,210	235,585
Q4/2023	1.128,953	332,860	315,176	127,518	241,709
Q1/2024	1.132,586	336,250	315,339	127,188	243,059
Q2/2024	1.135,187	337,966	314,412	127,776	244,477
Q3/2024	1.131,828	334,214	314,285	127,544	245,403
Q4/2024	1.129,733	333,463	313,845	126,645	247,013
Q1/2025	1.134,184	334,034	313,943	128,697	248,862
Q2/2025	1.132,216	330,643	313,998	128,609	250,704
Q3/2025	1.136,999	336,889	314,016	139,152	251,609
Veränderungen gegenüber Vorjahreszeitraum (in %)					
Q4/2020	3,0	-1,1	3,9	-3,3	5,6
Q4/2021	3,4	2,1	2,6	4,9	5,3
Q4/2022	9,0	11,1	4,3	5,3	5,9
Q4/2023	-0,1	0,4	0,9	1,4	2,9
Q1/2024	-0,6	-1,7	0,2	0,1	2,5
Q2/2024	-0,7	-2,0	-0,3	0,2	2,1
Q3/2024	-0,4	-2,1	-0,4	1,3	2,3
Q4/2024	-0,1	-0,6	-0,2	-0,4	2,4
Q1/2025	0,3	-0,2	-0,5	1,5	2,5
Q2/2025	-0,1	-1,6	-0,2	1,0	2,7
Q3/2025	0,5	-0,1	-0,2	1,9	2,6
Veränderung gegenüber Vorquartal (in %)					
Q4/2020	-0,5	-2,1	0,5	-3,0	1,0
Q4/2021	2,2	3,7	0,7	3,8	1,2
Q4/2022	-0,6	0,5	0,4	-1,2	1,2
Q4/2023	-0,3	-1,6	-0,2	1,3	0,5
Q1/2024	0,0	0,1	0,1	-0,3	0,6
Q2/2024	0,2	0,4	-0,2	0,5	0,6
Q3/2024	-0,3	-1,1	0,0	-0,3	0,5
Q4/2024	-0,1	-0,1	-0,1	-0,3	0,6
Q1/2025	0,4	0,5	-0,1	1,6	0,8
Q2/2025	-0,1	-0,9	0,0	-0,1	0,8
Q3/2025	0,2	0,4	0,0	0,6	0,4

* Zum Berichtskreis gehören zusätzlich Realkreditinstitute, Bausparkassen und Banken mit Sonderaufgaben. Die Wachstumsraten werden berechnet auf Basis der statistischen bereinigten Veränderungen pro Quartal, Quelle Bundesbank, Stand November 2025

Investitionsbedingungen und Deutschlandfonds

Unternehmen in Deutschland halten sich mit Investitionen *in Deutschland* weiterhin zurück, während sie im Ausland, vor allem in Amerika und Asien, wachsen. Ausschlaggebend sind dafür die Rahmenbedingungen am Standort: Zum einen Unsicherheit oder Unklarheit über zentrale Parameter der Transformation und im öffentlichen Sektor (vor allem Energieversorgung, Transport). Zum anderen die langwierigen Planungs- und Genehmigungsverfahren.

Ausländisches und inländisches Kapital – einschließlich Bankkredite – stehen bereit, um Investitionen zu finanzieren und dabei auch Risiken zu tragen. Das erklärte Ziel der Regierungskoalition, privates Kapital zu mobilisieren, ist daher sinnvoll. Auch der Einsatz öffentlichen Kapitals zur Hebelung von privatem Kapital ist ein richtiger und notwendiger Ansatz, um in bestimmten Bereichen Risiken zu teilen und insgesamt höhere Investitionssummen zu ermöglichen.

Ein größeres Hebelinstrument, um die 500 Mrd. Euro des Sondervermögens mit privatem Kapital zu kombinieren, wird es offenbar nicht geben. Aber zumindest zeigen die bislang bekannten Pläne für den im Koalitionsvertrag vereinbarten Deutschlandfonds in die richtige Richtung und könnten als Blaupause für einen späteren Ausbau dienen:

10 Mrd. EUR

Eigenmittel des Bundes im Deutschlandfonds – laut Koalitionsvertrag

- Stärkung von Beteiligungsfonds des Bundes wie des Zukunftsfonds zur Bereitstellung von VC in Start-ups und Scale-ups. Partner sind unter anderem der Europäische Investitionsfonds und die KfW Capital.
- Stärkung des Rohstofffonds für besseren Zugang zu kritischen Rohstoffen und seltenen Erden über Eigenkapitalfinanzierungen. Anträge auf Bundesbeteiligungen im Rahmen des Rohstofffonds können Unternehmen schon heute über die KfW stellen.
- Direktinvestitionen des Bundes und Investitionen in VC-Fonds zur Finanzierung von Start-Ups und Scale-Ups im Verteidigungs- und Dual-Use Bereich.
- Schaffung eines Energieinfrastrukturfonds, der Investitionen in Netzausbau und Erneuerbare Energien beschleunigen soll. Geplant sind unter anderem Beteiligungsfinanzierungen von Stadtwerken.

Der Deutschlandfonds unterstreicht den Willen der Bundesregierung, privates Kapital für Investitionen zu mobilisieren. Damit öffentliche Investitionen aber private Folgeinvestitionen auslösen, muss die Bundesregierung weiter mit Nachdruck an Reformen zur Verbesserung des Investitionsklimas arbeiten.

Herausgeber:

Bundesverband deutscher Banken e. V.

Burgstraße 28

10178 Berlin

Deutschland

Lobbyregister-Nr. R001458

EU-Transparenzregister-Nr. 0764199368-97

USt-IdNr.: DE201591882

Kontakt:

kontakt-presse@bdb.de

+49 30 1663-0

bankenverband.de

Inhaltlich verantwortlich:

Dr. Hendrik Hartenstein, Leiter Unternehmensfinanzierung

Volker Hofmann, Leiter Volkswirtschaft